

Elbtunnel bleibt frei: Verdi und Autobahn GmbH erreichen Vergleich!

Verdi und Autobahn GmbH erzielen Vergleich; Elbtunnel darf im Berufsverkehr nicht gesperrt werden. Tarifverhandlungen laufen.

München, Deutschland - Die Gewerkschaft Verdi und die Autobahn GmbH haben vor dem Arbeitsgericht in Hamburg einen Vergleich erzielt, der die geplanten Warnstreiks im Berufsverkehr erheblich einschränkt. Laut **Welt** darf der Elbtunnel zwar im Rahmen des Streiks lahmgelegt werden, jedoch nicht während der Hauptverkehrszeiten. Die Sperrungen sind demnach frühestens ab 21 Uhr erlaubt und müssen am Freitag um spätestens 6.30 Uhr enden.

Ursprünglich hatte Verdi eine vollständige Sperrung des Elbtunnels von Donnerstag, 18 Uhr, bis Freitag, 10 Uhr, geplant. Neben dem Elbtunnel sind auch Sperrungen anderer wichtiger Tunnel, wie dem Wallringtunnel und dem Krohnstiegtunnel, sowie Überdeckelungen auf der A7 vom Tisch, um Stau-Chaos zu vermeiden. Sebastian Mohr, der Geschäftsführer Personal der Autobahn GmbH, bezeichnete die ursprünglichen Pläne von Verdi als verantwortungslos.

Kontext der Tarifverhandlungen

Inmitten dieser Entwicklungen steht die dritte Tarifrunde für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen an, die am Freitag in Potsdam beginnt. Verdi verlangt eine Tarifierhöhung von 8 Prozent, mindestens jedoch 350 Euro mehr monatlich sowie drei zusätzliche freie Tage. Die Arbeitgeber haben diese

Forderungen als nicht finanzierbar zurückgewiesen, wie **Spiegel** berichtet.

Die aktuellen Tarifverhandlungen sind von einem Druck geprägt, der aus einem akuten Personalmangel und hoher Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst resultiert. In den vorherigen Verhandlungsrunden, insbesondere am 17./18. Februar, konnte kein Ergebnis erzielt werden, was bereits zu bundesweiten Warnstreiks am 20. Februar führte. Ein schwerer Vorfall am 12. Februar in München, bei dem ein Fahrzeug in einen Streikzug fuhr und 28 Menschen verletzte, hat die Lage zusätzlich zugespitzt.

Weitere Details zu den Forderungen

Im Rahmen der Tarifverhandlungen, die zum größten Teil die rund 2,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst betreffen, fordern die Gewerkschaften unter anderem höhere Zuschläge für belastende Tätigkeiten und eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung. Besonders für Auszubildende und Praktikanten steht außerdem eine Erhöhung der Vergütung um 200 Euro monatlich zur Diskussion. Der bestehende Tarifvertrag läuft am 31. Dezember 2024 aus, und die Gewerkschaften haben angekündigt, ihre konkreten Forderungen bereits im Herbst 2024 zu präsentieren.

Die dritte Verhandlungsrunde ist entscheidend, da sie die künftige Besoldung der Bundesbeamten beeinflussen wird, die nach den Tarifverhandlungen in der Regel gesetzlich angepasst wird, wie **öffentlicher-dienst-news** berichtet. Die Spannung zwischen den Arbeitgeberforderungen einer längeren Laufzeit und den Gewerkschaftsforderungen nach einem neuen Vertrag von nur 12 Monaten könnte zu weiteren Konflikten während der Verhandlungen führen.

Vorfall	Verkehrsunfall
Ursache	Fahrer eines Fahrzeugs in Streikzug
Ort	München, Deutschland
Verletzte	28
Festnahmen	1
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.welt.de• www.spiegel.de• oeffentlicher-dienst-news.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de